

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion: Strategische Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden**

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#)

Mitunterzeichnet von: Jourdan, Willimann

Eingereicht am: 24. September 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Finanzsituation des Kantons ist neben konjunkturellen Einflüssen auch aufgrund struktureller Probleme angespannt. Es ist davon auszugehen, dass der hohe Zentralisierungsgrad unseres Kantons einen Beitrag zu dieser negativen Entwicklung leistet (der Kanton Basel-Landschaft liegt im interkantonalen Vergleich bzgl. Zentralisierungsgrad auf Rang 5). Im Kanton Baselland vereinnahmt der Kanton ca. 2/3 des Steuersubstrats, während den Gemeinden 1/3 verbleibt. In den meisten anderen Kantonen ist dieses Verhältnis ca. 50:50, wobei die Gemeinden dort viele Aufgaben übernehmen, welche bei uns zentralisiert durch den Kanton erbracht werden.

Eine gewisse Zentralisierung von Aufgaben ist durchaus sinnvoll und kann das Erreichen von allgemeinen Qualitätsstandards im Kanton unterstützen. Überschreitet die Zentralisierung jedoch das adäquate Mass, so führt dies - so die allgemeine Erfahrung - zu höheren Gesamtkosten (Kanton und Gemeinde) und damit einem ineffizienten Mitteleinsatz (Steuergelder). Denn grundsätzlich ist festzuhalten, dass Mittel in der Regel dann am effizientesten eingesetzt werden, wenn Mittelverwendung und -finanzierung nahe beieinander liegen. Zentralisierte Aufgaben sind zudem weitaus häufiger dem Einfluss von Lobbying und Bürokratie ausgesetzt, was eine weitere Verteuerung zur Folge hat.

Der Regierungsrat wird eingeladen eine grundsätzliche Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und den Gemeinden einzuleiten, mit dem Ziel den Zentralisierungsgrad des Kantons deutlich zu senken und die Ausgabenkompetenzen wieder näher an die Front zu bringen.

Er ist zudem gebeten, ein entsprechendes Vorgehenskonzept zur Überprüfung der Aufgabenteilung zu erarbeiten und dem Landrat darüber berichten.